



Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der SPÖ Neubau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.03.2023 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Neubau spricht sich für eine Mietpreisbremse aus, sodass Mieten nur noch um maximal 2% jährlich erhöht werden dürfen.

Begründung

Hohe Mieten sind nicht in Stein gemeißelt und Österreichs Mieter*innen steht die nächste massive Belastungswelle bevor. Im April werden die Richtwertmieten um weitere 8,6% Prozent erhöht. Im Juli werden die Kategoriemieten zum 4. Mal binnen 14 Monaten um mindestens 5% erhöht. Mieten am freien Markt können mit Steigerungen um 10% rechnen. Die Anzahl der Menschen die ihre Miete nicht zahlen können und der damit drohende Wohnungsverlust befinden sich im Steigen.

Die steigenden Mieten machen sich jedoch nicht nur bei den Mieter*innen bemerkbar, sondern treiben auch den Verbraucherpreisindex, an den die meisten Mietzinse gekoppelt sind, nach oben. Die Teuerungsspirale muss zur Entlastung aller gestoppt werden. Den wenn man möchte, dass die Inflation sinkt, dann dürfen auch Preise und Mieten nicht um ein Vielfaches dieses Wertes steigen. Dass dies möglich ist, haben uns einige europäische Länder bereits vorgemacht. So haben z.B. Schottland (0%), Portugal und Spanien (2%), Frankreich (3,5%), Dänemark (4%), die Schweiz und Niederlande die Mieterhöhungen begrenzt.

Steigende Mieten sind kein Naturgesetz. Die Immobilienbranche casht ab und nimmt immer mehr ein, während hunderttausenden Mieter*innen dagegen schon wieder die nächste Teuerung droht. Leistbares Wohnen ist aber ein Grundrecht. Das gilt umso mehr in der Krise.